

Herrn Oberbürgermeister
 Dr. Frank Mentrup
 76124 Karlsruhe



19.11.2025

DOPPELHAUSHALT	2026/2027
ANTRAG	DHH/2025/6202

Thema: Ablehnung der Gebühr für Wohnberechtigungsscheine

▶ Zuordnung im Haushaltsplan					
Seite im HH-Plan	Teilhaushalt				
▶ 317	▶ 6200				
Ergebnishaushalt: Produktbereich Produktgruppe Schlüsselposition					
▶ 5220- 620 Maßnahmen-Nr.: HHS4_GR68					
Finanzhaushalt: Investive Maßnahme					
▶					
▶ Änderungen und neue Mittelanmeldungen					
Art	2026	2027	2028	2029	2030
<input type="checkbox"/> Stellenschaffung/-reduzierung					
<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung/Reduzierung Erträge, Aufwendungen, Ein- oder Auszahlungen					
Entgelte f. öffentl. Leistungen o. Einrichtungen	0	28.000	28.000	28.000	28.000
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
<input type="checkbox"/> Sperrvermerk					
<input type="checkbox"/> Verpflichtungsermächtigung					
▶ davon zahlungswirksam in					
Sonstige Änderungen					
<input type="checkbox"/> Konzeption, Ziele, Maßnahmen, Kennzahlen					
Die Einführung einer Gebühr von 20 Euro für die Erteilung von Wohnberechtigungsscheinen würde den städtischen Haushalt um 28.000,00 € entlasten. Nutzende des Wohnberechtigungsschein verfügen über ein geringes Einkommen, weshalb sie durch die Einführung einer Antragsgebühr zusätzlich belastet werden würden.					

DOPPELHAUSHALT 20FEHLER! VERWEISQUELLE KONNTE NICHT GEFUNDEN WERDEN./20FEHLER! VERWEISQUELLE KONNTE NICHT GEFUNDEN WERDEN.

Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.

▶ Weitere Angaben
bei Leistungen an Zuschussempfänger
▶ bitte Zuschussempfänger eintragen
▶ Sachverhalt Begründung

Der Wohnberechtigungsschein ermöglicht es einkommensschwachen Haushalten, auf eine preisgünstige, öffentlich geförderte Wohnung zuzugreifen – eine wichtige Unterstützung für Menschen, die sich den freien Wohnungsmarkt nicht leisten können. Eine Gebühr würde diese ohnehin schon benachteiligte Gruppe zusätzlich belasten und den Zugang zu bezahlbarem Wohnraum weiter erschweren.

Unterzeichnet von:

Dr. Anton Huber und SPD-Fraktion